



## **Antrag**

der Fraktion der CDU

### **Konzept zur Sicherung und Stärkung der Mobilität im ländlichen Raum**

Der Landtag stellt fest, dass der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Schleswig-Holstein im ländlichen Raum stärker und weiter als bisher mit Bussen und Bahnen ausgebaut werden muss. Insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist er die Grundlage für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Schleswig-Holsteins.

Dazu gehören leistungsfähige Verkehrswege und attraktive flächendeckende Angebote im öffentlichen Verkehr nicht nur in den Ballungszentren, sondern auch im ländlichen Raum.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, die Mobilität im ländlichen Raum in Schleswig-Holstein unter Beachtung der folgenden Punkte zu sichern und zu stärken.

Die Landesregierung wird im einzelnen aufgefordert,

1. die Qualität des regionalen und überregionalen ÖPNV als Grundlage der Mobilität weiter auszubauen und den Busverkehr als Rückgrat des ÖPNV im ländlichen Raum z.B. durch flexible Formen wie Ruf- und Bürgerbusse sowie Sammel- und Ruftaxis stärker zu ergänzen;
2. ihre Anstrengungen zur Weiterentwicklung von verbund- und -landkreisübergreifenden Lösungen zu verstärken;

3. sich auf Bundesebene konstruktiv an der Ausgestaltung eines Carsharing-Gesetzes zu beteiligen. Die Vernetzung mit dem ÖPNV, die Nähe zu Bahnhöfen sowie einheitliche und verbindliche Regeln für Ausweisung separater Parkflächen für Carsharingfahrzeuge müssen mindestens Bestandteil des Gesetzes sein. Zudem soll die Landesregierung sich mit den Kommunen für die Befreiung von Carsharingfahrzeugen von kommunalen Parkgebühren und einen Lastenausgleich einsetzen.
4. die bei der Umsetzung des „Integrierten Kooperationsraum- und Mobilitätskonzept Nordfriesland“ gesammelten Erfahrungen zu nutzen, um die Übertragung der regional- und verkehrplanerischen Ansätze auf andere Kreise zu fördern;
5. den Kommunen durch feste finanzielle Zusagen langfristige Planungssicherheit über das Ende Kompensationszahlungen nach dem Entflechtungsgesetz über 2019 hinaus ermöglichen. Dabei ist eine Dynamisierung der ÖPNV-Mittel aus Landesmitteln anzustreben.

Johannes Callsen

und Fraktion

Hans-Jörn Arp